

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
der Universitätsstadt Marburg
am Freitag, 04.09.2009, 17:00 Uhr,
im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.**

Anwesenheit:

- SPD:** Aab, Acker, Backes, Becker, Böttcher, Brahms, Daser, Dinnebier, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Dr. Musket, Dr. Rausch, Seelig, Sell, Severin, Weidemann, Wölk
- CDU:** Ackermann, Gottschlich, Heck, Kaufmann, Mehnert, Oppermann, Pfalz, von Ploetz, Dr. Röder, Röhrkohl, Sauer, Schaffner, Stompfe, Vaupel
- GRÜNE:** Dr. Baumann, Busch, Dorn, Flohrschütz, Göttling, Neuwohner, Dr. Perabo, Schäfer, Dr. Therre-Staal
- Marburger Linke:** Adsan, Prof. Dr. Fülberth-Sperling, Schäfer, Dr. Weber
- FDP:** Prof. Dr. Dingeldein, Sawalies, Schwebel
- MBL:** Dr. Uchtmann

Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel
Bürgermeister Dr. Kahle

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadtrat Biver
Stadtrat Hertlein
Stadträtin Laßmann
Stadträtin Müller-Wickenhöfer
Stadtrat Rehlich
Stadträtin Schulze-Stampe
Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek
Stadtrat Sprywald
Stadtrat Stötzel
Stadtrat Stürmer

Es fehlten entschuldigt:

Die Stadtverordneten Jannasch (CDU), Kissel (CDU), Köhler (Bündnis 90/Die Grünen), Kolter (Marburger Linke), Lohse (CDU), Ludwig (MBL), Mertins (SPD), Meyer (SPD), Scherer (CDU), Dr. Wulff (CDU) sowie die Stadträte Reinhard und Dr. Weinbach.

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner

Protokoll

zu 1 **Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden**

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) eröffnet die Sitzung um 16:05 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

zu 2 **Genehmigung der Niederschrift**

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 26. Juni 2009 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit ist die Niederschrift in der ausgedruckten Fassung genehmigt.

zu 3 **Ergänzungen der Tagesordnung**

Zur heutigen Tagesordnung liegen zwei dringliche Anträge aller Fraktionen vor, die gemäß der Vereinbarung im Ältestenrat in die Tagesordnung aufgenommen werden sollen.

1. **Dringlicher Antrag aller Fraktionen betr. Barrierefreier Umbau des Marburger Hauptbahnhofes
VO/0573/2009**
2. **Dringlicher Antrag aller Fraktionen betr. Fahrplanwechsel am 14. Dezember
VO/0574/2009**

Beide dringlichen Anträge liegen dieser Niederschrift als Anlage bei.

Gegen die Aufnahmen in die Tagesordnung wird aus dem Hause nicht gesprochen. Der Stadtverordnetenvorsteher wird die Anträge als Tagesordnungspunkt 9.1 und 9.2 aufrufen.

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt anschließend einen Überblick über die Tagesordnung, die in den Ausschüssen beantragten Aussprachen und die empfohlenen Zurückstellungen.

Außerdem weist er daraufhin, dass gemäß Vereinbarung im Ältestenrat die Fragestunde auf 30 Minuten abgekürzt wird.

Der Tagesordnungspunkt 8 Antrag des Kinder- und Jugendparlaments Errichtung eines Zebrastreifens am oberen Ende der Moischer Straße wird in der Tagesordnung vorgezogen und direkt nach der Fragestunde aufgerufen, weil Vertreterinnen und Vertreter des Kinder- und Jugendparlamentes heute als Zuhörer anwesend sind. Der Stadtverordnetenvorsteher begrüßt die Vertreterinnen und Vertreter des Kinder- und Jugendparlamentes ausdrücklich.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen. Sie gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

zu 4 Fragestunde

**zu 4.1 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Kirsten Dinnebier (Nr. 1 9/2009)
Vorlage: VO/0579/2009**

Hat der Magistrat zwischenzeitlich eine Antwort auf sein Schreiben vom 4. Mai 2009 zum Thema "Älter werden in Marburg" von CDU-Staatsminister Banzer erhalten?

Wenn ja, wie beurteilt der Magistrat diese Antwort?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

CDU-Staatsminister Banzer hat noch nicht auf das Schreiben des Magistrats geantwortet.

**zu 4.2 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth (Nr. 2 9/2009)
Vorlage: VO/0580/2009**

Wann wird der Magistrat bekannt geben, an welchen Orten in Marburg 2010 Public Viewing während der Fußball-Weltmeisterschaft 2010 stattfindet, und soll auch die Turnhalle der ehemaligen Jägerkaserne für Public Viewing genutzt werden?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Derzeit ist noch nicht klar, in welchem Umfang und an welchem Ort Public Viewing Veranstaltungen zur Fußball-Weltmeisterschaft 2010 in Marburg stattfinden können.

Sobald hierzu ein Ergebnis vorliegt, werden wir dies mitteilen. Wir gehen derzeit davon aus, dass dies im Frühjahr 2010 der Fall sein wird.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.3 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 3 9/2009)
Vorlage: VO/0581/2009**

Im Poitiers-Magazin Nr. 168 ist auf Seite 6 ein gutes Beispiel für eine Braille-Erläuterung mit dem taktilen Umriss der Vorderfront der Kathedrale abgebildet.

Ist etwas Vergleichbares auch bei der Elisabethkirche denkbar und kann der Magistrat hierzu an die Kirchengemeinden herantreten? Das würde das taktile 3D-Modell auf unserem Marktplatz optimal ergänzen.

Es antwortet der Bürgermeister Dr. Kahle:

Wir werden das Beispiel aus Poitiers am "Runden Tisch barrierefreies Bauen" zur Diskussion stellen, um dann die weitere Vorgehensweise zu prüfen.

zu 4.4 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Prof. Dr. Georg Fülberth (Nr. 4 9/2009)

Vorlage: VO/0582/2009

In den Marburger Geschäftsstraßen, z. B. in der Bahnhofstraße, stehen tagsüber Reklame-Stellwände, ca. 1 m hoch, in umgekehrter V-Form, oft weit vom Straßenrand entfernt, also Nähe der Mitte des Bürgersteiges. Sie behindern Blinde und Rollstuhlfahrer(innen). Gibt es rechtliche Regelungen zur Einschränkung dieser Behinderung und falls nein: erwägt der Magistrat ihre Einführung?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Jede Nutzung von öffentlichen Flächen über den so genannten Gemeingebrauch hinaus stellt eine Sondernutzung dar und bedarf einer Erlaubnis.

Im Genehmigungsverfahren werden die Straßenverkehrsbehörde und ggf. andere fachlich zuständige Behörden um Stellungnahme gebeten.

Im Mittelpunkt der Prüfung steht dabei die Sicherheit der übrigen Verkehrsteilnehmer, insbesondere eine ausreichende Restbreite des Gehweges.

Nach Eingang der Anfrage wurde die Bahnhofstraße kontrolliert. In zwei von insgesamt fünfundzwanzig Fällen wurde die Sondernutzungsfläche ohne Erlaubnis erweitert. Beide Aufbauten wurden umgehend korrigiert.

zu 4.5 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Reinhold Becker (Nr. 5 9/2009)

Vorlage: VO/0584/2009

Wie hoch waren die Ausgaben in 2008, der Stadt Marburg, der GeWoBau und der Stadtwerke für die amtlichen Bekanntmachungen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Höhe der amtlichen Bekanntmachungen 2008:

Stadt Marburg **89.153,78 €**

GeWoBau **4.300,00 €**

Stadtwerke Marburg GmbH **116.236,42 €**

**zu 4.6 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Michael Weber (Nr. 6 9/2009)
Vorlage: VO/0585/2009**

In der Antwort auf eine kleine Anfrage vom 15. Mai 2009 nach Rauchmeldern und Löscheinrichtungen im Parkhaus Nordstadt entsprechend feuerpolizeilicher Richtlinien antwortete der Oberbürgermeister, dass sich dort eine automatische Entrauchungsanlage befinde. Über Löscheinrichtungen wird dort nichts gesagt. Bedeutet dies, dass Löscheinrichtungen in diesem Parkhaus fehlen?

Es antwortet der Bürgermeister Dr. Kahle:

Es sind dort keine Feuerlöscheinrichtungen vorhanden. Laut §17, Garagen Verordnung (GaVO), ist dies auch nicht notwendig. Lediglich die erforderliche Entrauchungsanlage ist eingebaut. Dies bedeutet jedoch keinesfalls einen Mangel an Brandsicherheit, im Gegenteil: Die Entrauchungsanlage ist mit einem automatischen Feuer-Notruf gekoppelt und sorgt immer für rauchfreie Feuerbekämpfungs- und Fluchtwege. Zudem sind überall Feuerschutztüren verbaut. Dies alles entspricht dem Konzept des Brandschutzes in modernen Großgaragen.

Grundsätzlich wird hierbei folgendes Szenario beachtet: Bis ein Laie einen Brand erkennt, sich zur Brandbekämpfung entschließt, erforderliche Löschmittel sucht und sie zum Einsatz bringen kann, vergehen meist mehrere Minuten. Dabei setzt er sich der Gefahr von Rauchgasvergiftung und Verbrennungen aus. Wenn dann der Brandherd erreicht ist, ist es fraglich, ob er mit den zur Verfügung stehenden Mitteln den Brand bekämpfen kann. Schließlich muss am Ende immer die Feuerwehr alarmiert werden. Bei einer automatischen Brandmeldung ist die Feuerwehr dann schon ausgerückt und vor Ort, Dritte werden nicht gefährdet, sondern können rechtzeitig über die Fluchtwege in Sicherheit gelangen.

**zu 4.7 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Birgit Schäfer (Nr. 7 9/2009)
Vorlage: VO/0586/2009**

Hat der Magistrat Erkenntnisse über die zukünftige Personalplanung des neuen Intendanten des Hessischen Landestheaters im künstlerischen Bereich?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der designierte Intendant Matthias Faltz hat den Verbleib von sieben Schauspielerinnen und Schauspielern vereinbart, sechs Verträge wurden nicht verlängert, bei einer Schauspielerin fällt die Entscheidung im Oktober. Zwei weitere Verträge im künstlerischen Bereich wurden ebenfalls nicht verlängert.

**zu 4.8 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Michael Weber (Nr. 8 9/2009)
Vorlage: VO/0587/2009**

Welche kleineren und mittleren Aufträge hat der Fachbereich 6 seit April 2006 an die Beschäftigungsgesellschaften Praxis und Integral vergeben und wie ist in jedem Fall die Zusätzlichkeit dieser Maßnahmen begründet?

Es antwortet der Bürgermeister Dr. Kahle:

Mit den Beschäftigungsgesellschaften Praxis und Integral wurden in den Jahren 2006, 2007 und 2008 insgesamt rund 135 kleine u. mittlere Aufträge im Baubereich mit einem Gesamtauftragswert von rund 400.000 Euro (incl. Materialkosten z. B. für Dämmmaterial und Mietkosten für Maschinen) durchgeführt und abgerechnet.

Es handelte sich dabei überwiegend um einfachere, personalintensive Arbeiten aus den Bereichen Anstrich, Dämmung, Abbruch, Pflaster sowie Garten- u. Landschaftsbau.

Die Auftragsvergaben an Praxis und Integral erfolgen dabei zur Unterstützung und Förderung der Integration von arbeitslosen Menschen in den 1. Arbeitsmarkt. Auf die Beantwortung der Großen Anfrage Nr. VO/0175/2009 der Fraktion Marburger Linke in der Sitzung der STVV am 15.05.2009 wird in diesem Zusammenhang verwiesen.

Der überwiegende Anteil der vergebenen Aufträge kann als „zusätzlich“ im Sinne der Voraussetzungen für die Beschäftigung von Menschen in Arbeitsgelegenheiten angesehen werden, da die Arbeiten ansonsten nicht ausgeführt worden wären.

**zu 4.9 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Birgit Schäfer (Nr. 9 9/2009)
Vorlage: VO/0588/2009**

Durch den Streik der Erzieherinnen und Erzieher haben die kommunalen Kindertagesstätten Geld für Mittagessen, das nicht verabreicht wurde, und für Löhne, die nicht gezahlt werden mussten, gespart. Wie hoch sind die Ersparnisse und wie werden sie anderweitig verwendet? - bitte detaillierte Darstellung.

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Bereits zum Zeitpunkt der Beendigung der Streikmaßnahmen wurde seitens des Magistrats erklärt, das im Rahmen des Streiks einbehaltene Gehalt der streikenden Erzieherinnen und Erzieher den städtischen Kindertageseinrichtungen - und damit direkt den dort betreuten Kindern - zukommen zu lassen. Damit soll dokumentiert werden, dass es absolut nicht das Interesse des Magistrats ist, von den streikbedingten Einsparungen auf Kosten der Kinder und Eltern zu profitieren.

Zwischenzeitlich ist die Gehaltsabrechnung mit dem Einbehalt der streikbedingten Ausfallzeiten abgearbeitet worden. Demnach wurden von den Beschäftigten in den städtischen Kindertageseinrichtungen insg.

89.319,78 EUR

einbehalten. Es ist vorgesehen, dieses Geld den Einrichtungen entsprechend der jeweiligen Anzahl an Gruppen zur Verfügung zu stellen. Ausgehend von insg. 49 Gruppen in den städtischen Kindertageseinrichtungen entfallen somit 1.823 EUR auf jede Gruppe. Für eine 4-gruppige Tageseinrichtung bedeutet dies somit einen Zuweisungsbetrag von rd. 7.300 EUR.

Vorbehaltlich einer noch zu treffenden Absprache mit den Leitungen der Kindertageseinrichtungen sollen diese Mittel zweckgebunden für zusätzliche Einrichtungsgegenstände und Spielmaterialien der jeweiligen Einrichtung bzw. den dort betreuten Kindern unmittelbar zugute kommen.

An Essensgeldern wurden insg. **10.360 EUR** an die Eltern zurückgezahlt für die Tage, an denen streikbedingt die jeweilige Einrichtung geschlossen war bzw. kein Mittagessen angeboten werden konnte. Damit wurde hinsichtlich der Rückzahlung der Essensgelder den Forderungen der Eltern vollumfänglich Rechnung getragen.

zu 4.10 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Claudia Röder (Nr. 10 9/2009)**
Vorlage: VO/0589/2009

Kann der Magistrat die Murrenbahn in der Oberstadt so umgestalten, dass sie besser genutzt werden kann - dass also die Murren nicht immer aus der Bahn fliegen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Murrenbahn in der Oberstadt soll nicht umgestaltet werden. Das spielerische Erlernen physikalischer Zusammenhänge ist Gegenstand des Spielkonzeptes. Unterschiedliche Rollwiderstände, Größen der Kugel, Oberflächenbeschaffenheit führen zu unterschiedlichem Rollverhalten in der Rinne. Dies erfahren die Kinder im spielerischen Umgang mit unterschiedlichsten Materialien. Dass es hierbei auch zu Überschreitungen des vorgegebenen Kugellaufs kommt, ist Teil des Spiels.

zu 4.11 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Claudia Röder (Nr. 11 9/2009)**
Vorlage: VO/0590/2009

Kann der Magistrat beantworten, um wieviel Dezibel die Lärmbelastung an der Georg-Voigt-Straße gestiegen ist, seit die Bebauung an der Mensa stattfindet?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Bestandteil der Baugenehmigung vom 19.12.2008 für die Errichtung von 3 Wohnappartmenthäusern mit integriertem zweigeschossigem Parkdeck ist ein Akustisches Schallschutzgutachten vom Institut für Akustik und Bauphysik Prof. Dr. Ernst-Jo. Völker.

Entsprechend des vg. Gutachtens nimmt der Schallpegel durch die Bebauung am Erlerning um maximal 0,2 dB (A) zu. Nach Angaben des Gutachters ist diese Erhöhung von 0,2 dB (A) unbedeutend, so dass das Reine Wohngebiet auf der gegenüberliegenden Seite der Autobahn nicht durch Schallreflektionen beeinträchtigt wird. Der dort vorhandene hohe Schallpegel von der Autobahn wird durch die Schallreflektionen nicht bzw. nur geringfügig erhöht. Eine Pegeländerung von 1 dB (A) ist gerade wahrnehmbar. Diese Erhöhung tritt im

vorliegenden Fall jedoch nicht ein.

**zu 4.12 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Astrid Kolter (Nr. 12 9/2009)
Vorlage: VO/0591/2009**

Da die Fragestellerin nicht anwesend ist, wird die Kleine Anfrage schriftlich mit dem Protokoll beantwortet.

In welcher Weise wurde die Öffentlichkeit darüber informiert, dass der Verkauf umweltfreundlicher Gefrier- und Kühlgeräte bezuschusst werden kann?

Die Umweltprämien waren tagelang Gegenstand der öffentlichen Diskussion und alle lokalen Medien haben hierüber ausführlich berichtet.

Ferner hat der Magistrat die Prämien seit dem 28.07.2009 auf der Homepage der Universitätsstadt Marburg beworben. Hier erfolgten im Zeitraum vom 28.07.2009 bis 01.09.2009 insgesamt 7.023 Aufrufe der Seite.

Seitens des Magistrates wurden zusätzlich Anzeigen in folgenden Print-Medien veröffentlicht:

- Express (Ausgabe: 02.07.2009)
- MNZ (Ausgabe: 02.07.2009)
- OP (Ausgabe: 02.07.2009)
- MEX (Ausgabe: 01.07.2009)

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

**zu 4.13 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 13 9/2009)
Vorlage: VO/0592/2009**

Wird die Landgraf-Philipp-Straße nach der Sanierung für die Anfahrt zum Schloss für öffentlichen Autoverkehr zur Verfügung stehen?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Es ist nicht geplant, die Landgraf-Philipp-Straße für den motorisierten Individualverkehr zu öffnen.

**zu 4.14 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 14 9/2009)
Vorlage: VO/0593/2009**

Wer hat veranlasst, dass die Hinweisschilder an der B 3 a „Universitätsstadt Marburg“ verändert wurden in triste, weiße Schilder „Marburg, Ort der Vielfalt?“, wie hoch waren die Kosten dafür und stehen die neuen Schilder im Einklang mit den Vorgaben der Straßenverkehrsordnung?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Zu Frageteil 1

Der Oberbürgermeister

Zu Frageteil 2

1,702,02 Euro

Zu Frageteil 3

- a) Der Titel „Ort der Vielfalt wurde der Universitätsstadt Marburg in Berlin für ihre Aktivitäten zur Integration verliehen.
- b) Die Gestaltung der Informationstafel ist urheberrechtlich geschützt.
- c) Die Aufbringung der wieder entfernbaren Folie „Marburg, Ort der Vielfalt“ wurde in Absprache mit dem Leiter des Amtes für Straßenverkehr, Herrn Mank, veranlasst.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Gottschlich (CDU) wird ebenfalls durch vom Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.15 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Hermann Heck (Nr. 15 9/2009)
Vorlage: VO/0594/2009**

Da der Fragesteller sich zur Zeit nicht im Raum befindet, wird die Antwort schriftlich mit dem Protokoll erteilt.

Welche Bauprojekte (geplante, im Bau befindliche und abgeschlossene) in den letzten vier Jahren mit einer zunächst geplanten Bausumme von über 100.000 € haben sich um mehr als 10% verteuert?

Die von der CDU-Fraktion gestellte Frage betrifft die Bereiche Hoch- und Tiefbau.

Aufgrund der Vielzahl von geplanten, im Bau befindlichen und abgeschlossenen Bauprojekte ist es nicht möglich, diese Frage im Rahmen einer Kleinen Anfrage ausreichend zu beantworten.

Es wird empfohlen, die o. g. Fragestellung in einer Großen Anfrage noch einmal aufzugreifen.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

**zu 4.16 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Reinhold Becker (Nr. 16 9/2009)
Vorlage: VO/0595/2009**

Ich bitte um Auskunft und Sachstand zur verkehrssicheren Umgestaltung

des gesamten „Unteren Rotenbergs“.

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Seit 1991 gibt es eine Entwurfsplanung für den Ausbau des Unteren Rotenberges zwischen Sybelstraße und Franz-Leonhard-Weg. Das Konzept sieht einen 5,50 m breiten Ausbau mit Gehwegen auf beiden Straßenseiten vor. Um auf der Bergseite eine sinnvolle Gehwegbreite erreichen zu können, sollen die vorhandenen Stützmauern versetzt werden. Der dazu erforderliche Grunderwerb konnte zum Teil bereits realisiert werden.

Die Stadtwerke Marburg planen die Realisierung eines Stauraumkanals im Bereich des Oberen Rotenbergs für das Jahr 2011. Wenn auch die hier angesprochene Ausbaumaßnahme in einem anderen Teilabschnitt des Rotenbergs liegt, wäre eine Koordination bei der Baumaßnahme aus baubetrieblichen und verkehrlichen Gründen sinnvoll. Daher wird angestrebt, den Ausbau der Straße „Am Rotenberg“ planungs- und eigentumsrechtlich sowie hinsichtlich der Bezuschussung nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz so vorzubereiten, dass die Maßnahme im Jahr 2011 durchgeführt werden kann.

**zu 4.17 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Ralf Musket (Nr. 17 9/2009)
Vorlage: VO/0596/2009**

Gibt es Planungen beim Magistrat der Stadt Marburg, den bisherigen Fußweg vom „Oberen Rotenberg nach Wehrshausen“ in einen Fuß- und Radweg neu auszubauen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Für einen Fuß- und Radweg parallel zur Kreisstraße 72 ist außerhalb der Ortsdurchfahrt der Landkreis Marburg-Biedenkopf zuständig. Bereits in den 1980er Jahren wurde jedoch eine Planung von der Stadt für einen kombinierten Fuß- und Radweg in Auftrag gegeben, weil der Kreis zu dem Zeitpunkt kein Interesse an dem Vorhaben hatte. Wegen unterschiedlicher Auffassungen zum Plan zwischen Straßenverkehrsbehörde, Untere Naturschutzbehörde und Tiefbauabteilung und geringer Aussicht auf Förderung wurde die Planung Anfang der 1990er Jahre aber eingestellt.

Da die Wegeführung sinnvoll ist, soll der Landkreis Marburg-Biedenkopf noch einmal dazu aufgefordert werden, den Fuß- und Radweg zu realisieren.

**zu 4.18 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Halise Adsan (Nr. 18 9/2009)
Vorlage: VO/0597/2009**

Ist dem Magistrat bekannt, ob, für wann und wo die NPD, DVU oder/und die REPUBLIKANER zur Bundestagswahl 2009 im Stadtgebiet Marburg Informationsstände angemeldet haben?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Stadt ist verpflichtet, alle Parteien, die an der Bundestagswahl teilnehmen, bei der Organisation ihrer Informationsstände zu unterstützen.

Standort und Zeitpunkt der Informationsstände sind bekannt.
Die Veröffentlichung dieser Information ist den Parteien im Rahmen der Wahlwerbung überlassen.

**zu 4.19 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Hannelore Gottschlich (Nr. 19 9/2009)
Vorlage: VO/0598/2009**

**Hat es im Produkt 515110 nachträglich Kürzungen bei den Zuschüssen für Freie Träger gegeben.
Für welche?**

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Nein, für keine.

Die Ansätze bei der Haushaltsaufstellung sind vorläufig bei den Trägern, die vertraglich festgelegte Steigerungsraten gemäß den Berechnungen der Hessischen Jugendhilfekommission haben. Bei der Haushaltsaufstellung werden noch Annahmen verwendet, die endgültige Festlegung erfolgt i. d. R. im Laufe des Novembers des Jahres.

Für die Zahlung an die Träger wird dann der genaue Wert genommen. Die Träger wissen darüber Bescheid, ihnen wird die genaue Fördersumme zu Jahresbeginn in einem Förderbescheid mitgeteilt. Soweit die genaue Summe anders ist als die Vorannahme, ist eine geringe Differenz zwischen Haushaltsaufstellung und Zahlung möglich. Die Differenz kann dann besonders hoch sein, wenn aus politischen Gründen in der Jugendhilfekommission eine Abweichung zur Berechnung vereinbart wird, wie z.B. im Jahr 2003.

Über diese Modalitäten wird regelmäßig in der Sitzung des HFA mit den Fachausschüssen mündlich informiert. Eine andere Darstellung ist nicht möglich.

Zwei Zusatzfragen der Stadtverordneten Gottschlich (CDU) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

**zu 4.20 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Hannelore Gottschlich (Nr. 20 9/2009)
Vorlage: VO/0599/2009**

Ist sichergestellt, dass die Leistungen des KJC Schülerbeihilfen vorrangig sind vor den städtischen Gutscheinen Lernmittelbeihilfen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Anrechnung der SGB II-Leistung auf die städtische Förderung in Form von Gutscheinen zum Kauf von Schulmaterialien ist weitestgehend sichergestellt.

Bevor die Gutscheine an die AntragstellerInnen ausgegeben werden, müssen diese ihre Einkommenssituation offen legen (z.B. Vorlage entsprechender Bescheide, Verdienstnachweise u.ä.). In Zweifelsfällen wird auch die Vorlage einer sog. Negativbescheinigung (Bescheinigung, dass kein SGB II-Bezug vorliegt) vom KreisJobCenter verlangt.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Gottschlich (CDU) wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

**zu 4.21 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Heinz Ludwig (Nr. 21 9/2009)
Vorlage: VO/0600/2009**

Warum wurden die erst vor kurzer Zeit an der B3 A angebrachten braunen Schilder mit den Bildern von Schloss und Elisabethkirche und der Aufschrift "Universitätsstadt Marburg" entfernt und durch neue weiße Schilder, die schlecht leserlich sind, ersetzt mit der Aufschrift "Marburg - Ort der Vielfalt"?

Die Kleine Anfrage wurde bereits mit der Antwort zu Frage 14 beantwortet.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel

**zu 4.22 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Heinz Ludwig (Nr. 22 9/2009)
Vorlage: VO/0601/2009**

Da der Fragesteller heute nicht anwesend ist, wird die Antwort schriftlich mit dem Protokoll gegeben.

Wie geht es mit dem Bau an der B 3a (altes Mummenthaler-Gelände) weiter, nachdem ein Baustopp für das Obergeschoss erlassen wurde?

Zunächst wird darauf hingewiesen, dass der Baustopp eingehalten wird.

Durch die Bauherrschaft wurden verschiedene Planungsvarianten vorgelegt, die derzeit geprüft werden.

Eine abschließende Entscheidung ist bis zum 10.09.2009 zu erwarten.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

**zu 4.23 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Karin Schaffner (Nr. 23 9/2009)
Vorlage: VO/0602/2009**

Da die Fragestellerin nicht anwesend ist, wird die Antwort schriftlich mit dem Protokoll erteilt.

Wann ist mit der Fertigstellung des Springturms im Aquamar zu rechnen und wie hoch beziffern sich bis dato die Kosten?

Die Fertigstellung der Maßnahme erfolgt im Februar 2010. Es ist mit Baukosten von 3.511.000 € zu rechnen, dies entspricht Mehrkosten von 300.000 €.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

**zu 4.24 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Karin Schaffner (Nr. 24 9/2009)
Vorlage: VO/0603/2009**

Da die Fragestellerin nicht anwesend ist, wird die Antwort schriftlich mit dem Protokoll erteilt.

In wessen Besitz bzw. Nutzung befindet sich zurzeit der alte Tennisplatz hinter der Turnhalle „Am Köppel“ in Cappel?

Nach Beendigung des Vertrages mit den Marburger Tennisfreunden e. V. wurde eine Teilfläche des Geländes im Umfang von 1.320 qm mit aufstehendem Vereinsheim im Einvernehmen mit dem Ortsbeirat und dem FD Sport zum 1. Mai 2005 auf unbestimmte Zeit dem Marburger Geflügelzuchtverein 1877 verpachtet.

Da weder der FV Cappel, der TSV noch der Cappeler Tennisverein 1979 e. V. Interesse an den Tennisplätzen hatten, sind diese Anlagen auf Empfehlung des FD Sport als Flächen für den städtischen Bedarf in der Zuständigkeit dieses Fachdienstes geblieben und sind es derzeit immer noch.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

**zu 4.25 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Winfried Kissel (Nr. 25 9/2009)
Vorlage: VO/0604/2009**

Da der Fragesteller nicht anwesend ist, wird die Antwort schriftlich mit dem Protokoll erteilt.

Wie viele Landkreiskinder besuchen zurzeit Marburger Kindertageseinrichtungen?

In den Tageseinrichtungen der Universitätsstadt Marburg werden durchschnittlich 40 Kinder aus dem Landkreis betreut.

Die Betreuung erfolgt auf der Grundlage des § 28 Hess. Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches (HKJGB) in dem der Kostenausgleich zwischen den Gemeinden geregelt ist.

Die aktuelle Kinderzahl kann erst am Ende des Jahres genannt werden, da die Belegungslisten der Tageseinrichtungen nach Beginn des Kindergartenjahres bei dem Jugendamt eingereicht werden.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

**zu 4.26 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Winfried Kissel (Nr. 26 9/2009)
Vorlage: VO/0605/2009**

Da der Fragesteller nicht anwesend ist, wird die Antwort schriftlich mit dem Protokoll erteilt.

Ist es möglich, den Radweg zwischen Ronhausen und Bortshausen so frei zu schneiden, dass eine reibungslose Nutzung von Radfahrern,

Spaziergängern, Inlinern etc. möglich ist?

Nach Auskunft des Dienstleistungsbetriebs Marburg sollen die Arbeiten in der 36. Kalenderwoche durchgeführt werden.

Zuständiger Dezernent: Bürgermeister Dr. Kahle

zu 4.27 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Ute Mehnert (Nr. 27 9/2009) Vorlage: VO/0606/2009

Wieviele Einwohner Marburgs sind Moslems?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Informationen, um die Frage beantworten zu können, liegen nicht vor. In dem Melderegister werden nur Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften mit dem Rechtstatus einer Körperschaft des öffentlichen Rechts gespeichert.

Zwei Zusatzfragen der Stadtverordneten Adsan (Marburger Linke) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.28 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Ute Mehnert (Nr. 28 9/2009) Vorlage: VO/0607/2009

Wie viele und welche muslimischen Vereinigungen gibt es in Marburg? (Namen, Bezeichnungen, Adressen, leitende Personen, Mitgliederzahlen)

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Wir haben zur Beantwortung der Frage die Vereine „Orientbrücke Marburg e.V.“ und „Marburger Islamischer Kulturverein Hadara e.V.“ befragt. Beide bezeichnen sich selbst als muslimische Vereine. Die Angaben zu leitenden Personen und Mitgliederzahlen sind von den Vereinen zur Verfügung gestellt:

Islamische Gemeinde Marburg
Orientbrücke Marburg e.V.
Marbacher Weg 26 A
35037 Marburg
Tel: 06421-65535
Fax: 06421-64554
E-Mail: moschee-marburg@web.de
1. Vorsitzender: Dr. Bilal Farouk El-Zayat

Marburger Islamischer Kulturverein "HADARA"
1. Vorsitzender: Herr Fattah Mohammed; Berliner Strasse 5, 35039 Marburg
Kontaktadresse: Dr. Atalla, Berliner Strasse 11, 35039 Marburg
leitende Personen: Dr. Awad Atalla; Said Shahtout
Mitglieder: ca. 250

**zu 4.29 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 29 9/2009)
Vorlage: VO/0608/2009**

Wie wird das neue Gebäude im Bereich des Erlennings voraussichtlich fertiggestellt?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Die Kleine Anfrage wurde bereits mit der Antwort zu Frage 22 beantwortet.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Severin (SPD) und Schwebel (FDP) werden ebenfalls durch den Bürgermeister und den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.30 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 30 9/2009)
Vorlage: VO/0609/2009**

Welche Angebote der Kindertagesbetreuung sind für die nächsten Jahre für den Bereich Stadtwald vorgesehen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Im Stadtteil Stadtwald befinden sich zwei Tageseinrichtungen, die Ev. Kindertagesstätte Graf-von-Stauffenberg-Straße mit 3 Gruppen mit Kindern im Alter von 3 - 6 Jahren und die einzügige Tageseinrichtung der Freien Schule mit Kindern im Alter vom vollendeten 2. bis zum 6. Lebensjahr.

Um den Bedarf der Betreuung für Kinder unter 3 Jahren abdecken zu können, ist eine Krippengruppe in Trägerschaft der IKJG geplant.
Die Inbetriebnahme ist für das Frühjahr 2010 vorgesehen.

**zu 4.31 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Karin Brahms (Nr. 31 9/2009)
Vorlage: VO/0610/2009**

Welche Maßnahmen beabsichtigt der Magistrat der Stadt Marburg zu unternehmen, für den Fall, dass die jungen Liberalen, die Jugendorganisation der FDP, auch in Marburg Cannabis-Zigaretten und Kondome als Wahlkampfpräsente an Minderjährige verteilt?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Jedes Handeln gegen geltendes Recht oder erteilte Auflagen wird straf- bzw. ordnungsrechtlich verfolgt.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Schwebel (FDP) und Sawalies (FDP) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 5 Haushalt 2009 - Erlass der 1. Nachtragshaushaltssatzung gem. § 114e HGO
- Beratung und Beschlussfassung (Tischvorlage)**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 1. September 2009 die erste Nachtragshaushaltssatzung und die Änderungsanträge der Fraktionen ausführlich beraten. Der Ausschuss hat sich darauf verständigt, dass die Anträge Fraktionsweise aufgerufen und abstimmt wurden. Beantragte Einzelabstimmungen sind zuvor abgestimmt worden. Diese sollen auch in der Stadtverordnetenversammlung zur Abstimmung aufgerufen werden.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung dem Nachtragshaushalt nach Maßgabe der zuvor gefassten Beschlüsse zuzustimmen.

Der Stadtverordnetenvorsteher weist daraufhin, dass dem Hause eine Zusammenstellung der im Haupt- und Finanzausschuss beantragten Einzelabstimmungen der Fraktionen vorliegt.

Der Ältestenrat hat sich in seiner Sitzung am 3. September 2009 darauf verständigt, die erste Ausspracherunde nach der Größe der Fraktionen durchzuführen. Eine besondere Redezeit wurde nicht vereinbart, so dass die 10-minütige Redezeit pro Redner/Rednerin gemäß Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung gilt.

Im Rahmen der Aussprache sprechen die Stadtverordneten Becker (SPD), Stompfe (CDU), Göttling (Bündnis 90/Die Grünen), Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke), Schwebel (FDP), Becker (SPD), Gottschlich (CDU) und Pfalz (CDU). Für den Magistrat sprechen Bürgermeister Dr. Kahle und Oberbürgermeister Vaupel.

Während der Aussprache hat von 17:16 Uhr bis 17:40 Uhr die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Wölk (SPD) die Sitzungsleitung übernommen.

Nach der Aussprache lässt der Stadtverordnetenvorsteher zunächst über die im Haupt- und Finanzausschuss beantragten Einzelabstimmungen zu den Änderungsanträgen der Fraktionen abstimmen.

Beantragte Einzelabstimmungen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen

- Pandemieimpfung (Produkt: 110310; Kto.: 6107000) 20.000 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Änderungsantrag wird angenommen.

- Hallenbad Wehrda (Verpflichtungsermächtigung) (Produkt: 274010; I650.036.9) 1.600.000 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Änderungsantrag wird angenommen.

- Gesundheitsschutz Erzieherinnen 17.000 € (Produkt: 660010; I601.001.9)

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Änderungsantrag wird angenommen.

Beantragte Einzelabstimmungen zu Änderungsanträgen der CDU-Fraktion

- S. 220: Turnhalle Frankfurter Straße – 535.000 € (streichen!)

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU, Enthaltung der MBL und bei Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Änderungsantrag wird abgelehnt.

- S. 220: Mehrweckhalle Otto-Ubbelohde-Schule E + 2.000.000 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der CDU, Marburger Linken und FDP sowie bei Nein-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltung der MBL-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Änderungsantrag wird abgelehnt.

- S. 255: höhere VE für weiteres Stockwerk streichen (- 935.000 €)

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU, Enthaltung der MBL und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Änderungsantrag wird abgelehnt.

- S. 264: 3,33 Mio. € für Erwerb der alten Volksbank streichen

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU und der MBL-Fraktion bei Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken und bei Enthaltung der FDP-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Änderungsantrag wird abgelehnt.

Beantragte Einzelabstimmungen zu Änderungsanträgen der Fraktion Marburger Linke

- Produkt 161010: Ideenwettbewerb Marburger Lebensqualität – Ideenwettbewerb zur Beseitigung der durch die Stadtautobahn verursachten Gesundheitsgefährdungen
Betrag: 100.000 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von Marburger Linken, der CDU und der MBL sowie bei Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP folgenden Beschluss:

Der Änderungsantrag wird abgelehnt.

- Produkt 240050: Bau einer Mehrzweckhalle für die Otto-Ubbelohde-Schule
Betrag: 2.000.000 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Marburger Linken, CDU und der FDP sowie Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltung der MBL-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Änderungsantrag wird abgelehnt.

Einzelabstimmung über den Änderungsantrag der FDP:

- Anhebungen der Aufwendungen für Bauunterhaltung zur Behebung von akuten Schäden in der Brüder-Grimm-Schule in Höhe von 100.000 €

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Dem Änderungsantrag wird zugestimmt.

Abstimmung über die verbliebenen Änderungsanträge der Fraktion Marburger Linke

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Marburger Linken, bei Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Die noch verbliebenen Änderungsanträge der Fraktion Marburger Linke werden abgelehnt.

Abstimmung über die verbliebenen Änderungsanträge der CDU-Fraktion

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der CDU und der Fraktion Marburger Linken, Enthaltung der MBL und Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Die verbliebenen Änderungsanträge der CDU-Fraktion werden abgelehnt.

Abstimmung über die noch verbliebenen Änderungsanträge der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP sowie Nein-Stimmen der Marburger Linken, CDU und MBL folgenden Beschluss:

Die noch verbliebenen Änderungsanträge der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen werden angenommen.

Nunmehr lässt der Stadtverordnetenvorsteher über die **Gesamtvorlage** zum Nachtragshaushalt abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP sowie bei Nein-Stimmen der CDU, Marburger Linken und MBL folgenden Beschluss:

1. **Aufgrund der §§ 114 a ff. HGO wird die folgende I. Nachtragshaushaltssatzung der Universitätsstadt Marburg für das Haushaltsjahr 2009 beschlossen:**

**I. Nachtragshaushaltssatzung
der Universitätsstadt Marburg
für das Haushaltsjahr 2009**

Aufgrund des § 114e der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der

Fassung der Bekanntmachung vom 07. März 2005 (GVBl. 2005 I S. 142 ff.), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. November 2007 (GVBl. 2007 I S. 757), hat die Stadtverordnetenversammlung am 04. September 2009 folgende Nachtragssatzung beschlossen:

§ 1

Mit dem Nachtragsplan werden

	erhöht um	verminde	und damit der gegenüber auf	
a) im Ergebnis-				
<u>beim</u>				
die Erträge	6.102.000	2.831.000	167.957.000	171.228.000
die Auf-	6.661.800	2.950.800	165.848.000	169.559.000
<u>beim außerordentlichen</u>				
die Erträge				
die				
b) im				
<u>aus laufender</u>				
der Saldo der		3.235.000	5.232.000	1.997.000
<u>aus Investitions-</u>				
die	25.855.000	1.254.000	13.737.000	38.338.000

die Auszahlungen	41.500.500	2.559.500	31.018.000	69.959.000
<u>aus</u> <u>Finanzierungstät</u> <u>igkeit</u>				
die Einzahlungen	18.798.000	864.000	2.934.000	20.868.000
die Auszahlungen	20.879.000	200.000	3.929.000	24.608.000

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 2.934.000 € um 17.934.000 € erhöht und damit auf 20.868.000 € neu festgesetzt.

Hinweis: Dieser Betrag setzt sich aus Landesdarlehen in Höhe von 2.070 T€ und Landesdarlehen (Konjunkturförderung) in Höhe von 18.798 T€ zusammen.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen zur Leistung von Auszahlungen in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird gegenüber der bisherigen Festsetzung in Höhe von 19.129.300 € um 3.920.000 € erhöht und damit auf 23.049.300 € neu festgesetzt.

§ 4

Der bisherige Höchstbetrag der Kassenkredite wird nicht geändert.

§ 5

Die Gemeindesteuern werden nicht geändert.

§ 6

Im Produkt 555010 „Wohnungswesen“ wird eine Beamtenstelle von A 10 nach A 11 angehoben.

Ansonsten wird der bisherige Stellenplan nicht geändert.

Auf evtl. Stellenfreigaben im Vorgriff auf den Haushalt 2010 wird hingewiesen.

§ 7

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

Die Festsetzungen aus der Haushaltssatzung 2009 nach dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 19. Dezember 2008 werden nicht geändert.

§ 8

Sperrn

Die Festsetzungen aus der Haushaltssatzung 2009 nach dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 19. Dezember 2008 werden nicht geändert.

§ 9

Besondere Bestimmungen zum Stellenplan

Die Festsetzungen aus der Haushaltssatzung 2009 nach dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 19. Dezember 2008 werden nicht geändert.

2. Die daraus sich ergebenden Veränderungen im Investitionsprogramm und im Finanzplan werden mit dem Haushalt 2010 aktualisiert.

zu 6

Jahresrechnung der Stadt Marburg für das Haushaltsjahr 2007

Vorlage: VO/0354/2009

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Die Ergebnisse der Jahresrechnung 2007 werden wie folgt festgesetzt:

Verwaltungshaushalt:	Einnahmen	168.418.817,13 €
	Ausgaben	168.418.817,13 €

Vermögenshaushalt:	Einnahmen	70.137.351,86 €
	Ausgaben	70.137.351,86 €

2. **Dem Magistrat wird für die Jahresrechnung der Stadt Marburg aufgrund des Schlussberichtes des Prüfungsamtes gem. § 114 HGO Entlastung erteilt.**

**zu 7 Jahresabschluss 2008 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bäder der Stadt Marburg
Vorlage: VO/0438/2009**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. **Der Jahresabschluss 2008 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bäder der Stadt Marburg (Fachdienst Städtische Bäder) wird mit einer Bilanzsumme von 551.855,76 € festgestellt.**
2. **Der Jahresüberschuss i. H. v. 11.186,31 € wird zur Stärkung des Eigenkapitals in die Gewinnrücklagen eingestellt.**
3. **Der Fachdienstleitung wird für das Geschäftsjahr 2008 Entlastung erteilt.**

zu 8 Anträge des Kinder- und Jugendparlaments

**zu 8.1 Antrag des Kinder- und Jugendparlaments - Errichtung eines Zebrastreifens am oberen Ende der Moischer Straße
Vorlage: VO/0482/2009**

Für den Umweltausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Antrag hat im Umweltausschuss folgende Fassung erhalten:

*Der Magistrat wird gebeten zu prüfen:
Einrichtung eines Zebrastreifens am oberen Ende der Moischer Straße in der Nähe der Bushaltestelle "Moischer Straße" und Möglichkeiten für Reduzierung der Geschwindigkeit in diesem Straßenabschnitt.*

In dieser Fassung empfiehlt der Umweltausschuss die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird gebeten zu prüfen:
Einrichtung eines Zebrastreifens am oberen Ende der Moischer Straße in**

der Nähe der Bushaltestelle "Moischer Straße" und Möglichkeiten für Reduzierung der Geschwindigkeit in diesem Straßenabschnitt.

zu 9 **Dringlichkeitsanträge**

zu 9.1 **Dringlicher Antrag aller Fraktionen betr. Barrierefreier Umbau des Marburger Hauptbahnhofs**
Vorlage: VO/0573/2009

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Marburg beauftragt den Magistrat der Stadt Marburg weiterhin seinen Einfluss bei der Deutschen Bahn AG geltend zu machen, damit der Umbau des Marburger Bahnhofs zu einem barrierefreien Gebäude tatsächlich im Frühjahr 2010 erfolgen wird.

zu 9.2 **Dringlicher Antrag aller Fraktionen betr. Fahrplanwechsel am 14. Dezember**
Vorlage: VO/0574/2009

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Marburg fordert die Deutsche Bahn AG und den RMV auf, die geplanten Verschlechterungen in der Einbindung der Stadt Marburg in den öffentlichen Personenverkehr auf der Schiene zum Fahrplanwechsel am 14. 12. 2009 nicht umzusetzen.

zu 10 **Anträge der Fraktionen**

zu 10.1 **Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Kommunales Wahlrecht für alle - Demokratie braucht jede Stimme**
Vorlage: VO/0242/2009

Der Antrag ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Es berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu diesem Antrag. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Dr. Weber (Marburger Linke), Neuwohner (Bündnis 90/Die Grünen), Pfalz (CDU), Severin (SPD) und Götting (Bündnis 90/Die Grünen).

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der SPD, Bündnis

90/Die Grünen und Marburger Linken sowie bei Nein-Stimmen der CDU und bei Enthaltung der FDP und MBL folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Marburg setzt sich für die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für alle seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig in der Bundesrepublik lebenden Migrantinnen und Migranten ein. Das Wahlrecht ist unabhängig von der Staatsangehörigkeit zu gewähren.

Der Magistrat der Stadt Marburg wird damit beauftragt, sich im Deutschen Städtetag für eine gemeinsame Initiative für ein Kommunalwahlrecht für alle einzusetzen. Der Magistrat wird darüber hinaus aufgefordert, an den hessischen Landtag und an den Bundestag zu appellieren, sich für eine notwendige Grundgesetzänderung einzusetzen.

**zu 10.2 Antrag der CDU-Fraktion betr. Energieberatung
Vorlage: VO/0390/2009**

Der Antrag ist im Umweltausschuss von der CDU-Fraktion zurückgezogen worden.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

**zu 10.3 Antrag der SPD/B90/Die Grünen betr. Energieausweise
Vorlage: VO/0408/2009**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Der Antrag ist auch im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften beraten worden. Auch der Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften empfiehlt die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken sowie bei Nein-Stimmen von CDU, FDP und MBL folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit lokalen Verbänden von Handwerk, Architekten, Ingenieuren sowie Bildungseinrichtungen und den Stadtwerken Marburg ein Konzept zu entwickeln, um durch gemeinsame Angebote an Information, Beratung und ggf. Fördermaßnahmen eine hohe Nachfrage und Verbreitung von bedarfsbasierten Energieausweisen, gerade auch auf freiwilliger Basis, durch Marburger BürgerInnen zu erreichen.

zu 10.4 Antrag der B90/Die Grünen und SPD-Fraktionen betr. Bessere Zugangsmöglichkeiten für Fußgänger und Radfahrer vom Ortenberg zum AquaMar

Vorlage: VO/0418/2009

Die Vorlage ist im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften beraten worden. Der Ausschuss hat den Antrag zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr überwiesen.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück und überweist sie an den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr.

**zu 10.5 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Behandlung von Anträgen
Vorlage: VO/0426/2009**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Im Haupt- und Finanzausschuss wurde über die Ziffern 1 und 2 des Antrages getrennt abgestimmt. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, beide Antragsteile abzulehnen. Aussprache wurde angemeldet.

Vor der Beratung weist der Stadtverordnetenvorsteher darauf hin, dass derartige Anträge im Ältestenrat zu erledigen wären und nicht in die Stadtverordnetenversammlung gehören.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke), Götting (Bündnis 90/Die Grünen), Sawalies (FDP) und Severin (SPD).

Anschließend lässt der Stadtverordnetenvorsteher über beide Antragsteile getrennt abstimmen.

Zu Ziffer 1.:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Nein-Stimmen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Ja-Stimmen der übrigen Fraktionen folgenden Beschluss:

Die Ziffer 1 des Antrages wird abgelehnt.

Zu Ziffer 2.:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Marburger Linken und einer Ja-Stimme aus der FDP-Fraktion sowie bei Nein-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und MBL-Fraktionen und bei zwei Enthaltungen aus der FDP-Fraktion folgenden Beschluss:

Die Ziffer 2 des Antrages wird abgelehnt.

**zu 10.6 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Archäologische Untersuchung
Vorlage: VO/0491/2009**

Der Antrag ist im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften beraten worden. Es berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand des Protokolls. Der Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften hat die Vorlage wie folgt abgeändert:

Der Magistrat wird gebeten, im Zuge der Baumaßnahme des Rudolphsplatzes nach Abschluss des Ideewettbewerbs eine archäologische Untersuchung dieses Bereichs vornehmen zu lassen.

In dieser Fassung empfiehlt der Ausschuss die Zustimmung.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die geänderte Antragsfassung abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, im Zuge der Baumaßnahme des Rudolphsplatzes nach Abschluss des Ideewettbewerbs eine archäologische Untersuchung dieses Bereichs vornehmen zu lassen.

**zu 10.7 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Poststelle im Stadtteil Richtsberg
Vorlage: VO/0498/2009**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Die Antragssteller haben im Haupt- und Finanzausschuss die Ziffer 1 des Antrages als erledigt zurückgezogen. Die Ziffer 2 des Antrages wurde vom Haupt- und Finanzausschuss zur Annahme empfohlen.

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt somit nur die Ziffer 2 des Antrages zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, auf die Deutsche Post AG dahingehend einzuwirken, dass auch in den zahlreichen anderen Marburger Stadtteilen, in denen es keine ganztätig besetzte Poststelle mehr gibt, Abhilfe geschaffen wird.

**zu 10.8 Antrag der CDU-Fraktion betr. Vandalismusbekämpfung
Vorlage: VO/0514/2009**

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Der Antrag wurde im Schul- und Kulturausschuss auf Vorschlag der CDU-Fraktion wie folgt neu formuliert:

Der Magistrat wird gebeten, ein Konzept zu entwickeln und der Stadtverordnetenversammlung zur weiteren Beratung vorzulegen, wie er den zunehmenden Vandalismus an städtischem Eigentum - insbesondere an einigen Marburger Schulen und Spielplätzen - entgegenzutreten will.

In dieser Fassung empfiehlt der Schul- und Kulturausschuss die Zustimmung.

Dieser Antragstext ist auch im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dem geänderten Antragstext.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen eine Stimme aus der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, ein Konzept zu entwickeln und der Stadtverordnetenversammlung zur weiteren Beratung vorzulegen, wie er den zunehmenden Vandalismus an städtischem Eigentum - insbesondere an einigen Marburger Schulen und Spielplätzen - entgegenzutreten will.

**zu 10.9 Antrag der CDU-Fraktion betr. Lahntal Total
Vorlage: VO/0515/2009**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Antragstext wurde im Umweltausschuss nach der Beratung geändert. Der Umweltausschuss empfiehlt nunmehr der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu folgendem Antragstext:

Die Universitätsstadt Marburg bekundet ihr Interesse, sich ab 2010 an dem autofreien Sonntag "Lahntal total" zu beteiligen. Der Magistrat wird beauftragt, mit den Organisatoren/Teilnahme-Kommunen entsprechende Gespräche zu führen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über den geänderten Antragstext abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Universitätsstadt Marburg bekundet ihr Interesse, sich ab 2010 an dem autofreien Sonntag "Lahntal total" zu beteiligen. Der Magistrat wird beauftragt, mit den Organisatoren/Teilnahme-Kommunen entsprechende Gespräche zu führen.

**zu 10.10 Antrag der CDU-Fraktion betr. sozial verträgliche Sparkassen-Gebühren
Vorlage: VO/0516/2009**

Der Antrag ist im Sozialausschuss beraten worden. Dort bestand Einvernehmen, die Sparkasse Marburg-Biedenkopf und die Volksbank Mittelhessen um Auskunft zu den Sparkassengebühren zu bitten.

Die CDU-Fraktion hat den Antrag bis zum Vorliegen der entsprechenden Antworten zurückgestellt.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis entsprechende Auskünfte vorliegen.

**zu 10.11 Antrag der CDU-Fraktion betr. Sicherheit und Ordnung am Gelände der Otto-Ubbelohde-Schule
Vorlage: VO/0517/2009**

Die Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Anschließend

hat die CDU-Fraktion den Antrag zurückgezogen.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

**zu 10.12 Antrag der CDU-Fraktion betr. Zinsen
Vorlage: VO/0518/2009**

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung ebenfalls die Zustimmung zu diesem Antrag.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über die Vorlage abstimmen.
Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat möge seinen Einfluss auf die Sparkasse Marburg-Biedenkopf über den Verwaltungsrat dahingehend wahrnehmen, dass dort Zinsen auf (Spar-)Guthaben, auf Dispo-Kredite und geduldete Überziehungen wieder in einem vernünftigen Verhältnis stehen.

**zu 10.13 Antrag der MBL-Fraktion betr. Erstellung eines Solarkatasters für Marburg
Vorlage: VO/0519/2009**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage. Dem Antrag der MBL-Fraktion sind im Umweltausschuss alle übrigen Fraktionen beigetreten.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, zur Unterstützung von Hausbesitzern, die Solaranlagen installieren wollen, ein Solarkataster z. B. nach dem Vorbild der Stadt Wiesbaden zu erstellen.

**zu 10.14 Antrag der MBL-Fraktion betr. Veranstaltung des Deutschen Wandertags in Marburg
Vorlage: VO/0520/2009**

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dinnebier (SPD). Im Schul- und Kulturausschuss wurde darauf hingewiesen, dass der Verein Region Marburger Land und die Philipps-Universität in die Initiative mit einzubinden sind. Im Übrigen wird die Zustimmung zu diesem Antrag

empfohlen.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei einer Enthaltung aus der FDP mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert sich mit Unterstützung der regionalen Wandervereine um die Veranstaltung eines Deutschen Wandertages in Marburg zu bemühen.

**zu 10.15 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Bebauungsplan N. 8/15
Vorlage: VO/0521/2009**

Die Vorlage ist im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften beraten worden. Es berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Antrag wurde bis zur Beratung über den Offenlagebeschluss zum Baubauungsplan zurückgestellt.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück.

**zu 10.16 Antrag der Fraktionen SPD u. Bündnis 90/Die Grünen betr. Zusatzrente
Freiwillige Feuerwehr
Vorlage: VO/0522/2009**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU). Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt beim Hessischen Städtetag vorstellig zu werden und diesen zu veranlassen sich in einer übergemeindlichen Initiative gegenüber dem Land Hessen dafür einzusetzen, dass den aktiven Freiwilligen Feuerwehrtätigen, als Anerkennung für ihre langjährige aktive Feuerwehrtätigkeit eine Zusatzrente - vergleichbar den Landesmodellen in Thüringen und Sachsen-Anhalt - gewährt wird. Die Zusatzrente ist mit einer besonderen Komponente für Frauen zu kombinieren. Die Zusatzrente soll auch Einsatzkräften im Katastrophenschutz zu gute kommen.

**zu 10.17 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen betr.
Freiwilliges Soziales Jahr bei der Feuerwehr
Vorlage: VO/0524/2009**

Die Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss beraten worden. Eine Abstimmung fand darüber nicht statt. Diese wurde vertagt bis zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Wie der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses Stadtverordneter Pfalz (CDU) berichtet, wurde der Beschlusstenor dieses Antrages wie folgt ergänzt:

Der Magistrat wird beauftragt, Stellenangebote zur Teilnahme am Freiwilligen Sozialen Jahr bei der Hauptfeuerwache und der Freiwilligen Feuerwehr in Marburg zu entwickeln und zu besetzen. Ein besonderes Angebot soll dabei auch jungen Frauen gelten, die sich für Führungsaufgaben qualifizieren wollen. Bei einem Vergleichsprojekt im Landkreis Darmstadt-Dieburg übernimmt die Finanzierung das Land Hessen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über diesen ergänzten Beschlusstext abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der MBL-Fraktion, mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, Stellenangebote zur Teilnahme am Freiwilligen Sozialen Jahr bei der Hauptfeuerwache und der Freiwilligen Feuerwehr in Marburg zu entwickeln und zu besetzen. Ein besonderes Angebot soll dabei auch jungen Frauen gelten, die sich für Führungsaufgaben qualifizieren wollen. Bei einem Vergleichsprojekt im Landkreis Darmstadt-Dieburg übernimmt die Finanzierung das Land Hessen.

**zu 10.18 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Mobilfunkversorgungskonzept
Vorlage: VO/0525/2009**

Die Vorlage wurde im Umweltausschuss und im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften beraten und zunächst zurückgestellt.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis auf Weiteres.

**zu 10.19 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen u. SPD betr. Hessischer Aktionsplan für mehr Erzieherinnen und Erzieher
Vorlage: VO/0530/2009**

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen). Der Sozialausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der FDP-Fraktion, mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird aufgefordert, sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass diese mit einem Hessischen Aktionsplan ‚Mehr Erzieherinnen und Erzieher‘ dem sich abzeichnenden Notstand an Erzieherinnen und Erziehern aktiv vorbeugt.

Dieser Aktionsplan soll folgende Bausteine beinhalten:

1. Es wird ein Sofortprogramm aufgelegt, durch das 500 neue Ausbildungsplätze an den Fachschulen für Sozialpädagogik und an den Berufsfachschulen für Sozialassistenten geschaffen werden, beginnend ab dem Schuljahr 2009/2010. Für dieses Sonderprogramm sind für vier Jahre pro Jahr zusätzlich 2,5 Mio. Euro aus Landesmitteln zu veranschlagen, das Gesamtvolumen des Programms beträgt 10 Millionen Euro.
2. In Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit sollen die etwa 1500 arbeitslos gemeldeten Erzieherinnen und Erziehern in Hessen für den Wiedereinstieg in den Beruf gewonnen werden. Langzeitarbeitslosen Erzieherinnen und Erziehern sowie aus dem Beruf ausgestiegenen Fachkräften sollen besondere Qualifizierungs- und Fortbildungsangebote den Wiedereinstieg in den Beruf erleichtern. Arbeitslos gemeldeten Personen aus verwandten Berufsfeldern sollen Umschulungen angeboten werden.
3. Es soll eine landesweite Initiative in Kooperation mit den Kommunen und anderen Trägern von Kindertageseinrichtungen gestartet werden, um Erzieherinnen und Erziehern, die nach Elternzeit oder aus anderen Gründen aus dem Beruf ausgeschieden und momentan nicht erwerbstätig sind, für die Rückkehr in den Beruf zu gewinnen.
4. Eine breitflächig angelegte Werbekampagne soll mehr junge Menschen für diese Ausbildung motivieren. Es sollen insbesondere junge Menschen mit Migrationshintergrund angesprochen werden, da der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund in den größeren Städten bereits heute weit über 30% liegt, während der Anteil des pädagogischen Personals mit Migrationshintergrund in Kindertagesstätten verschwindend gering ist. Um den Genderaspekt besser als bisher zu berücksichtigen, sollen auch gezielt mehr junge Männer geworben werden, da der Anteil des männlichen Personals in den Kindertageseinrichtungen nur bei rund 5% liegt, Mädchen und Jungen aber männliche und weibliche Vorbilder brauchen.
5. Die Attraktivität des Berufs soll durch bessere Karrierechancen gesteigert werden. Dazu gehört u. a. die Unterstützung von Studiengängen zur Erreichung eines Bachelor-Abschlusses, wie z.B. an der evangelischen Fachhochschule Darmstadt, und die Unterstützung berufsbegleitender Studiengänge, wie z.B. an der Fachhochschule Gießen-Friedberg.
6. Es soll ein Konzept zur Reform der Erzieherinnenausbildung erarbeitet werden, das mittelfristig die Ausbildung auf Fachhochschulniveau etabliert, um dem europäischen Standard zu entsprechen.

zu 10.20 **Antrag der Fraktionen SPD u. Bündnis 90/Die Grünen betr. Bundesstraße "A4-light"**
Vorlage: VO/0531/2009

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr.

Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Vorlage ist auch im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften beraten worden. Es berichtet die Stadtverordnete Busch (Bündnis 90/Die Grünen), in ihrer Eigenschaft als stellvertretende Vorsitzende des Bau- und Planungsausschusses. Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt ebenfalls die Zustimmung zu dieser Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Dorn (Bündnis 90/Die Grünen), Prof. Dr. Dingeldein (FDP), Löwer (SPD) und Stompfe (CDU). Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken und bei Nein-Stimmen der CDU, FDP und MBL folgenden Beschluss:

- 1. Die Stadtverordnetenversammlung ist der Ansicht, dass es keine Realisierung einer schnellen Bundesstraße „A 4 light“ als Ersatz für die Autobahn A 4 geben soll, da für diese kein Bedarf gesehen wird, der die erheblichen Kosten und gravierenden Eingriffe in wichtige Landschafts- und Lebensräume rechtfertigen kann.**
- 2. Die Stadtverordnetenversammlung sieht in den zur Diskussion stehenden Straßenverläufen der A 4 light eine erhebliche und nicht vertretbare Beeinträchtigung der Entwicklungsmöglichkeiten und der Lebensqualität der anliegenden Gemeinden sowie der angrenzenden Landschafts- und Naturräume. Der südliche Planungskorridor berührt die westlichen Stadtteile Marburgs, deshalb kündigt die Stadtverordnetenversammlung nachhaltigen Widerstand an.**
- 3. Der Magistrat wird beauftragt, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln auf die Hessische Landesregierung einzuwirken, sämtliche Planungen für die Bundesfernstraße Krombach-Hattenbach sofort einzustellen.**

Während der Aussprache hat von 19:28 Uhr bis 19:50 Uhr die stellvertretende Vorsitzende Stadtverordnete Wölk (SPD) die Sitzungsleitung übernommen.

**zu 10.21 Antrag der FDP-Fraktion betr. Behring-Gedenkstätte
Vorlage: VO/0537/2009**

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Die antragstellende FDP-Fraktion hat die Vorlage im Bau- und Planungsausschuss zurückgestellt, bis der Denkmalbeirat ein schriftliches Votum hierzu abgegeben hat.

Der Antrag ist auch im Schul- und Kulturausschuss beraten worden. Der Ausschuss hat die Vorlage zur Ablehnung empfohlen.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück, bis der Denkmalbeirat ein schriftliches Votum abgegeben hat.

**zu 10.22 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen/SPD betr. Wegebeschilderung
Vorlage: VO/0538/2009**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Dem Antrag sind im Umweltausschuss alle übrigen Fraktionen beigetreten. Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, die Fuß- und Wanderwege von der Innenstadt zum Kaiser-Wilhelm-Turm, zur Spiegelslust und zum neuen Botanischen Garten zu beschildern bzw. besser zu beschildern.

**zu 10.23 Antrag der CDU-Fraktion betr. Schultoiletten
Vorlage: VO/0539/2009**

Wie der Stadtverordnetenvorsteher berichtet ist der Antrag im Schul- und Kulturausschuss von der CDU-Fraktion für erledigt erklärt worden.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

**zu 10.24 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Marburger Lebensqualität -
Ideenwettbewerb zur Beseitigung der durch die Stadtautobahn
verursachten Gesundheitsgefährdungen
Vorlage: VO/0543/2009**

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Der Antrag ist im Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften ausführlich beraten worden. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung der Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Beratung sprechen die Stadtverordneten Prof. Dr. Fülberth (Marburger Linke), Wölk (SPD), Flohrschütz (Bündnis 90/Die Grünen) sowie für den Magistrat Bürgermeister Dr. Kahle.

Anschließend stellt der Stadtverordnete Pfalz (CDU) den Geschäftsordnungsantrag, die Vorlage bis zu den Haushaltsplanberatungen 2010 zurückzustellen. Dagegen spricht sich der Stadtverordnete Sawalies (FDP) aus. Nach kurzer Beratung zieht der Stadtverordnete Pfalz seinen Geschäftsordnungsantrag zurück.

Der Stadtverordneten Dr. Weber (Marburger Linke) stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Vorlage an den Umweltausschuss zur weiteren Beratung zu überweisen. Dagegen wird jedoch aus dem Hause formal gesprochen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und bei Nein-Stimmen der übrigen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Der Geschäftsordnungsantrag wird abgelehnt.

Sodann lässt der Stadtverordnetenvorsteher über die Vorlage abstimmen. Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der Fraktion Marburger Linke und CDU sowie bei Nein-Stimmen der Fraktion SPD und Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltung der FDP-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

**zu 10.25 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Nachtragshaushalt 2009
Vorlage: VO/0545/2009**

Der Antrag wurde im Rahmen der Haushaltsberatung erledigt.

Eine separate Abstimmung erübrigt sich daher.

zu 11 Große Anfragen der Fraktionen

**zu 11.1 Große Anfrage der Fraktion Marburger Linke betr. Lohnersatzleistungen,
Sozialleistungen
Vorlage: VO/0358/2009**

Die Große Anfrage wird zurückgestellt bis zur Sitzung am 25. September 2009. In dieser Sitzung wird der Magistrat einen Zwischenbericht geben.

zu 12 Kenntnisnahmen

**zu 12.1 Umwandlung von Wohnraum zu gewerblich genutzten Flächen in der
Innenstadt
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und SPD (VO/410/2004)**

Vorlage: VO/0414/2009

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**zu 12.2 Umsatzsteuer
hier: Steuersatz für die Lieferung von Kinderartikeln
Vorlage: VO/0486/2009**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt Kenntnis von der Antwort des Bundesministeriums der Finanzen vom 30.06.2009 auf den Vorstoß der Universitätsstadt Marburg, dass für alle Produkte für Kinder der Mehrwertsteuersatz auf 7 % reduziert wird.

**zu 12.3 Kultur und Kulturen
Vorlage: VO/0505/2009**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**zu 12.4 Unterrichtung der Stadtverordnetenversammlung über den Stand der Budgets zum 30.06.2009
Vorlage: VO/0533/2009**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**zu 12.5 Bericht zum Bestand und zur Planung von Veranstaltungszentren
Vorlage: VO/0548/2009**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**zu 12.6 Zusammenfassender Bericht über das Finanz- und Schuldenmanagement in Marburg
hier: Auswirkungen auf die Entwicklung der Kreditmarktschulden und die Zinsbelastung im städtischen Haushalt
Vorlage: VO/0529/2009**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 20:32 Uhr.

der SPD-Fraktion

Stompfe
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle

Anlagen
Dringlichkeitsanträge